DIE LINKE.

Fraktion im Rat der Stadt Wülfrath

kompetent - transparent - sachbezogen und ergebnisorientiert

Die Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative ist ausgeweitet worden: Am 1. Oktober 2015 trat die novellierte „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie) des Bundesumweltministeriums (BMUB) in Kraft.

Somit haben Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten. Neben längeren Antragsfristen und der Ausweitung der Antragsberechtigungen gibt es erhöhte Förderquoten für investive Maßnahmen und einen neuen Förderschwerpunkt. Für DIE LINKE Grund genug einmal näher hinzuschauen, welche Möglichkeiten sich für Städte – wie Wülfrath – ergeben.

Gefördert wird zum Beispiel die Sanierung von Außen-, Straßenbeleuchtungs– und Lichtsignalanlagen durch LED-Beleuchtung. Für Klimaschutzinvestitionen in Anlagen und Gebäuden von Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen wurde ein neuer Förderschwerpunkt mit erhöhten Förderquoten eingeführt.

Interessant ist vor allem, dass bei Energiesparmodellen ein Starterpaket eingeführt wurde, mit dem Ausgaben für pädagogische Arbeit und geringinvestive Maßnahmen bezuschusst werden. Für finanzschwache Kommunen gelten nun auch im investiven Bereich erhöhte Förderquoten.

DIE LINKE meint: Die Stadt Wülfrath sollte keine Zeit verlieren und die neuen Richtlinien in Augenschein nehmen. Denn wie wir alle wissen, zählt auch Wülfrath zu den Städten, die mangels finanzieller Ressourcen, so manches Projekt aufs Eis legen musste. Es lohnt sich also die Fördermöglichkeiten genauer unter die Lupe zu nehmen. Zumal eine Personalstelle für das Klimaschutzmanagement, das entsprechende Anschlussvorhaben, die ausgewählte Maßnahme sowie die Energiesparmodelle und Starterpakete in Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Sportstätten und Schwimmhallen ganzjährig beantragt werden können. DIE LINKE Ratsfraktion hat einen entsprechenden Antrag gestellt, der im Rat der Stadt eine breite Zustimmung fand. Der Anfang ist also gemacht, nun ist die Verwaltung am Zug. Wir werden die Umsetzung kritisch begleiten und regelmäßig berichten.

DIE LINKE.
Ratsfraktion informiert

Finger weg vom Fracking

Wer dachte Fracking sei vom Tisch und in Deutschland sei die Bevölkerung vor den Gefahren des Frackings geschützt, der wird von der CDU/CSU-Fraktion und der SPD-Fraktion im Bundestag eines besseren belehrt. Beide Fraktionen wollen erneut über die Verabschiedung eines Pro-Fracking-Rechts verhandeln. Still und leise am Bürger vorbei und vor allem erst nach den drei Landtagswahlen am 13.3.2016 sollen die Verhandlungen stattfinden.

Unabhängig vom Inhalt des Gesetzesvorhabens gilt jedoch: Fracking ist eine unbeherrschbare Risikotechnik, die das Grundwasser verunreinigt, die Gesundheit gefährdet, zu Erdbeben führt und eine ungeklärte Entsorgungsproblematik besitzt. Fracking untergräbt die Energiewende und den Klimaschutz. Diese Technik muss nicht geregelt, sondern ausnahmslos verboten werden

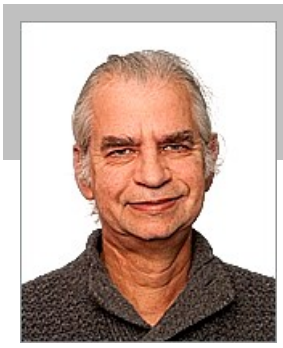
Die Fa. Wintershall Holding GmbH in Kassel hat sich die Bergbauberechtigung zur „Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen zu gewerblichen Zwecken“ für das Aufsuchungserlaubnis-Feld Ruhr, welches im Kreis Mettmann die Städte Erkrath und Haan sowie vollständig die Städte Heiligenhaus, Mettmann, Ratingen, Velbert und Wülfrath berührt, gesichert.

In einer öffentlichen Fraktionssitzung wird die Ratsfraktion DIE LINKE gemeinsam mit dem Umweltexperten Hubertus Zdebel (MdB, DIE LINKE) die Situation in Deutschland, NRW und Wülfrath beleuchten.

Wie weit klaffen Wort und Tat der Bundes– und Landesregierung auseinander?
Wie ist der aktuelle Stand in Hinblick auf Erprobungsbohrungen in NRW?
Welche Auswirkungen hat das TTIP-Abkommen auf den Einsatz von Fracking?

Wir laden Sie herzlich ein, diese und weitere Fragen mit uns zu diskutieren.

Freitag, den 22.April 2016, 19.00 Uhr, AWO Wülfrath, Schulstraße 13 in Wülfrath



Quelle "DIE LINKE im Bundestag"

Hubertus Zdebel

Beruf: Journalist, Mitglied des Deutschen Bundestages

Seit über dreißig Jahren engagiert sich Hubertus Zdebel in sozialen Bewegungen, insbesondere für den Erhalt preiswerten innenstadtnahen Wohnraums. Nach seinem Austritt aus den Grünen 2007 ist er Mitglied der Partei DIE LINKE geworden. Bessere Löhne statt noch mehr Einkommensarmut, armutsfreie Grundsicherung statt Hartz IV, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und für den sozialökologischen Umbau - dafür setzt er sich vehement ein. Seit vielen Jahren ist er aktiv in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung. Als Bundestagsabgeordneter ist er Sprecher der Linksfraktion für den Atomausstieg und unter anderem Mitglied im Umweltausschuss sowie in der sogenannten Atommüll-Kommission im Rahmen des von der Partei DIE LINKE abgelehnten Endlagersuchgesetzes (SuchAG).

Im Jahr 2050 ist der Verkehr eine öffentliche Aufgabe. Das Grundrecht auf Mobilität ist in die Praxis umgesetzt, denn alle haben einen Zugang zu den Transportmitteln, ohne Barrieren. Der Nahverkehr ist kostenlos, damit alle sich die Nutzung leisten können. Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen den großen Ballungsräumen, sowie perfekte Verbindungen zu Taktzeiten an den Haltepunkten ins Nebennetz haben den Luftverkehr auf Kurzstrecken zum Erliegen gebracht. In den Dörfern und Städten haben sich die Menschen den öffentlichen Raum zurückerobert, weil gesichert ist, dass sie von A nach B kommen, unabhängig von ihrem Einkommen, Alter oder körperlichen Einschränkungen.

Zugegeben, das ist noch Zukunftsmusik - doch nur wenn wir uns bereits heute im Bund, im Land, im Kreis und vor Ort für einen sozial-ökologischen Umbau einsetzen, kommen wir Stück für Stück voran.

Dabei spielt der Erhalt aller Bus- und Bahnlinien, sowie der weitere Ausbau des ÖPNV eine wichtige Rolle. Wir benötigen einen Angebots- bzw. bedarfsorientierten ÖPNV, der allen Menschen Mobilität ermöglicht.

Preisgünstige Anrufsammeltaxis dort wo sich ein Linienverkehr nicht lohnt, könnten eine sinnvolle Alternative sein.

Die Einführung eines kostengünstigen Mobilitätstickets, das den problemlosen Umstieg innerhalb des Kreises ermöglicht und die kreisangehörigen Kommunen auch verkehrstechnisch gut verbunden sind, wäre ein erster wichtiger Schritt.

Fußgängern und Radfahrern bei allen innerörtlichen Verkehrsplanungen Vorrang gewähren sowie Unterstützung und Ausbau von Car-Sharing-Angeboten.

Vieles ist möglich, jedoch beginnt der sozial-ökologische Umbau bei jeder und jedem Einzelnen und in der Kommune. Komm und mach mit.

Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit !

DAS MUSS DRIN SEIN.

In deutschen Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand – es fehlen 100 000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten in kürzerer Zeit versorgen.

Die Folgen: fehlende Zuwendung, mangelnde Hygiene bis hin zu mehr Unfällen.

Dreiviertel aller Pflegekräfte geben an, bei den derzeitigen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten zu können. Im Vergleich zu zwölf anderen EU-Staaten ist Deutschland Schlusslicht beim Pflegepersonal.

Die Ursache: Krankenhäuser wurden in den letzten 20 Jahren zu Unternehmen umgebaut, viele privatisiert, so wie jetzt auch das Klinikum Niederberg. Oft geht es nur noch um Kosteneinsparung und Profit. Dies verhindert, dass Kliniken ausreichend Personal beschäftigen und gut bezahlen, wie es für eine gute Versorgung notwendig ist.

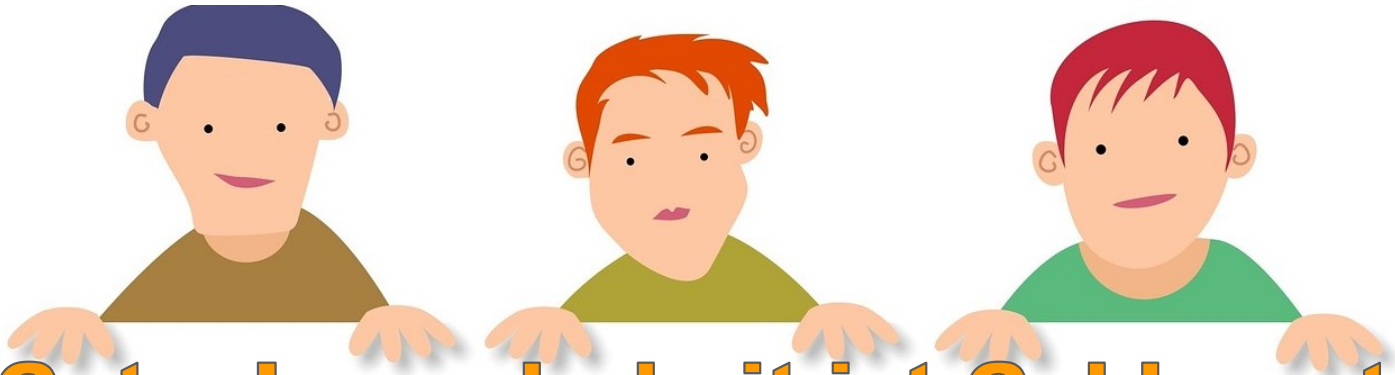
Deshalb fordert DIE LINKE:

Eine gesetzliche Personalbemessung, um den Personalnotstand zu bekämpfen und die notwendigen 100.000 Pflegekräfte einzustellen. Wir brauchen verbindliche Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für wie viele Patienten und Patientinnen benötigt werden.

Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand, für eine bedarfsgerechte Finanzierung.

Eine Steuer auf Vermögen ab einer Million Euro, könnte den Ländern auch zur Finanzierung der Krankenhäuser zu Gute kommen.

DIE LINKE kämpft mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen, weniger Stress und eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Denn: Mehr Personal im Krankenhaus ist für alle besser!



Gute Jugendarbeit ist Gold wert

Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume und Orte, wo sie sich mit Gleichaltrigen treffen, Neues ausprobieren und Erfahrungen sammeln. Genau die Räume bieten Jugendeinrichtungen. Das Wülfrather Jugendhaus leistet hier einen unschätzbaren Wert für die Gesellschaft. Bedauerlich, dass dieser Wert nicht auf „Heller und Pfennig“ zu beziffern ist. Denn scheinbar verstehen viele Kommunalpolitiker in Zeiten „leerer Haushaltskassen“ nur „die Sprache des Geldes“.

Wer sich jedoch intensiv mit dem Thema Jugendarbeit auseinandersetzt, der erkennt, welche Elemente eine erfolgreiche Jugendarbeit ausmachen. Dabei spielt nicht nur eine enge und gute Beziehung zwischen den JugendhausmitarbeiterInnen und den Jugendlichen eine wichtige Rolle. Um Jugendlichen die Hilfe und Unterstützung zu geben, die sie brauchen, braucht es neben gutem und engagierten Personal auch ausreichende Öffnungszeiten. Es braucht ein sicheres, förderndes Umfeld, in dem junge Menschen Lebenserfahrung sammeln, Fehler machen und mit Gleichaltrigen Spaß haben dürfen. Doch nicht nur die jungen Menschen profitieren von Orten, die ihnen Förderung und Sicherheit bieten und sie in ihrer persönlichen Entwicklung voranbringen. So tragen immer mehr Jugendhäuser mit vielfältigen Projekten zu einer besseren Verständigung der Generationen bei.

Das Wülfrather Jugendhaus ist so ein Ort. Auch wenn es sich im Bereich der präventiven Jugendarbeit - aufgrund fehlender Daten und robusten Evaluierungen - als schwierig erweist, die Effektivität zu beweisen, wird kaum jemand leugnen, dass diese Arbeit eine wichtige Komponente unseres Sozialgefüges darstellt. Wer hier den Rotstift ansetzt, trägt dazu bei, dass dieses Gefüge ins Wanken gerät. Kürzungen und Angebotsreduzierungen im Jugendbereich dürfen auch in finanziell schwierigen Zeiten keine Option sein! Es ist und bleibt Aufgabe öffentlicher Träger der Kinder- und Jugendarbeit, Lernorte der Lebensbildung zu schaffen und attraktiv sowie sachgerecht auszustatten. Gute Jugendarbeit ist mit Gold nicht aufzuwiegen und bildet die Grundlage für unsere demokratische Gesellschaft und deren Weiterentwicklung.

Foto: Ilona Küchler

Bargeld beschränken und abschaffen?

von Michael Schlecht

Bargeldzahlungen sollen auf 5000 Euro begrenzt werden. Und die Europäische Zentralbank - EZB - will den 500-Euro-Schein aus dem Verkehr ziehen. Manche Ökonomen fordern bereits ganz die Abschaffung des Bargeldes. Dann müssen alle per Kreditkarte, per EC-Karte oder per Überweisung bezahlen.
So soll der organisierten Kriminalität das Geschäft erschwert werden. Also: alles prima?

Die Begrenzung des Bargeldverkehrs soll ein Schlag gegen die Kriminalität und den Terrorismus sein. Es könnte nicht länger im Geheimen gewirtschaftet werden, so heißt es. Denn Zahlungen per Kreditkarte oder Überweisung lassen sich nachverfolgen.

Allerdings: Das Leben von Kriminellen, Steuerhinterziehern und Terroristen wird dadurch nur minimal erschwert. Sie würden andere Wege finden beziehungsweise andere Zahlungsmodalitäten. Die Möglichkeiten reichen von der Bezahlung in Waren über die Nutzung von Gold oder ausländischen Bargelds, zum Beispiel dem Dollar.

Der vermeintliche Effekt gegen Kriminelle würde aber vor allem Normalbürger treffen. Bye bye ökonomische Privatsphäre! Ohne Bargeld sind all ihre Zahlungen und Transaktionen transparent und nachvollziehbar.

Potenziell wissen Staat, Unternehmen und Geheimdienste dann, was man wo, bei wem kauft. Dass dieser Datenschatz geheim und ungenutzt bleibt, ist nicht zu erwarten.

Hinter der Debatte steht aber noch ein ganz anderes Motiv.

Um das Wirtschaftswachstum zu stützen und der Deflationsgefahr zu begegnen, haben die Zentralbanken in Europa die Zinsen auf fast null Prozent gesenkt. Das soll die Kreditaufnahme verbilligen und so die Nachfrage steigern. Außerdem soll den Sparern das Sparen verleidet werden. Wer auf seine Ersparnis keine Zinsen bekommt oder sogar Geld unter Berücksichtigung der Inflation verliert, der gibt das Geld aus, konsumiert, investiert und kurbelt so die Konjunktur an. So die Hoffnung der Europäischen Zentralbank (EZB).

Bislang funktioniert das aber nicht so richtig. Banken müssen für bestimmte Einlagen bei der EZB bereits heute einen Strafzins bezahlen. Wenn man das ausweitet, müssten auch die Banken in der Lage sein, diese Strafzinsen an ihre Kundschaft weiterzugeben. Davor schrecken die Banken noch zurück, denn die Kunden würden dann ihr Geld vorzugsweise zu Hause unter das Kopfkissen legen.

Wenn es nur noch kleine Scheine gibt, die Auszahlung des Bargeldes begrenzt oder in einem weiteren Schritt ganz abgeschafft wird, könnte niemand mehr sein Erspartes dem Zugriff der Banken entziehen. Dann käme man auch kaum noch der Zahlung von Strafzinsen vorbei.

Ohne Bargeld wäre der Normalmensch schutzlos der Entwertung seiner Ersparnisse ausgesetzt - vor allem die Mittelschicht und die Ärmeren würden getroffen. Die Reichen dagegen haben Unternehmensanteile und Aktien, sie stören die Niedrigzinsen nicht.

**Unter dem Motto "Mitmachen" kann man und frau sich bei uns einmischen und aktiv werden für eine sozial gerechte, demokratische und friedliche Gesellschaft.
Wir wollen gemeinsam mit und nicht nur für Menschen Politik machen. Nur wenn viele sich einbringen und engagieren, können die Verhältnisse positiv verändert werden!**

Grundrechte kürzt man nicht. Sanktionen abschaffen !

In den letzten drei Jahren wurden jährlich mehr als eine Million Sanktionen gegen Hartz-IV-BezieherInnen ausgesprochen. Auch das JobCenter des Kreises Mettmann macht vor Leistungskürzungen nicht halt und hat im vergangenen Jahr über 668-mal (Stand 09/2015) sanktioniert. Jede dieser Sanktionen verschärft dabei die schlechten Lebensbedingungen der Leistungsberechtigten in einem unzumutbarem Ausmaß und drückt sie unter das ohnehin unzureichende Existenzminimum.

Vor allem haben Sanktionen jedoch einen negativen Effekt. Kürzungen führen dazu, dass gesellschaftliche Teilhabe kaum noch möglich ist und die Menschen gänzlich resignieren - was wiederum die Vermittlung in Arbeit erschwert. Und Sanktionen machen krank, führen zu psychosomatischen Erkrankungen und treiben die Menschen in die Isolation und Depression. Auch Wohnungslosigkeit kann Folge von Sanktionen sein. Im Jahr 2012 waren bereits 284.000 Menschen wohnungslos, darunter auch 32.000 Kinder und Jugendliche. Das sind 10 Prozent mehr als 2010. Setzt sich dieser Trend weiter fort, wären im Jahr 2016 fast 400.000 Menschen von Obdachlosigkeit betroffen.

Doch Sanktionen sind nicht nur unmenschlich, sondern verursachen zusätzliche Kosten: Im Jahr 2013 betrug die Gesamtsumme der verhängten Sanktionen rund 107 Millionen Euro. Dies entspricht auf dem ersten Blick einer Ersparnis von 0,55% der Gesamtkosten der vom Bund gezahlten Hartz-IV-Leistungen in Höhe von ca. 19.5 Milliarden Euro. Doch der Sanktionsapparat bindet auch Personal und verursacht Kosten. Bedenkt man, dass bundesweit die Kosten für die Verwaltung jährlich 5,3 Milliarden Euro betragen, macht das bei nur 5% bereits einen Betrag von 250 Millionen Euro aus. Kosten, die die Allgemeinheit für diesen Sanktionswahn aufbringen muss. Zu dieser Summe gesellen sich letztendlich auch noch die Kosten, die durch Gerichtsverfahren entstehen.

Ziel unserer Gesellschaft sollte es sein, ein angstfreies System zu erschaffen. Ein System, dass sowohl den MitarbeiterInnen der Jobcenter als auch den BezieherInnen von Transferleistungen Rechtssicherheit gewährt und allen Menschen ein Leben in Würde ermöglicht.

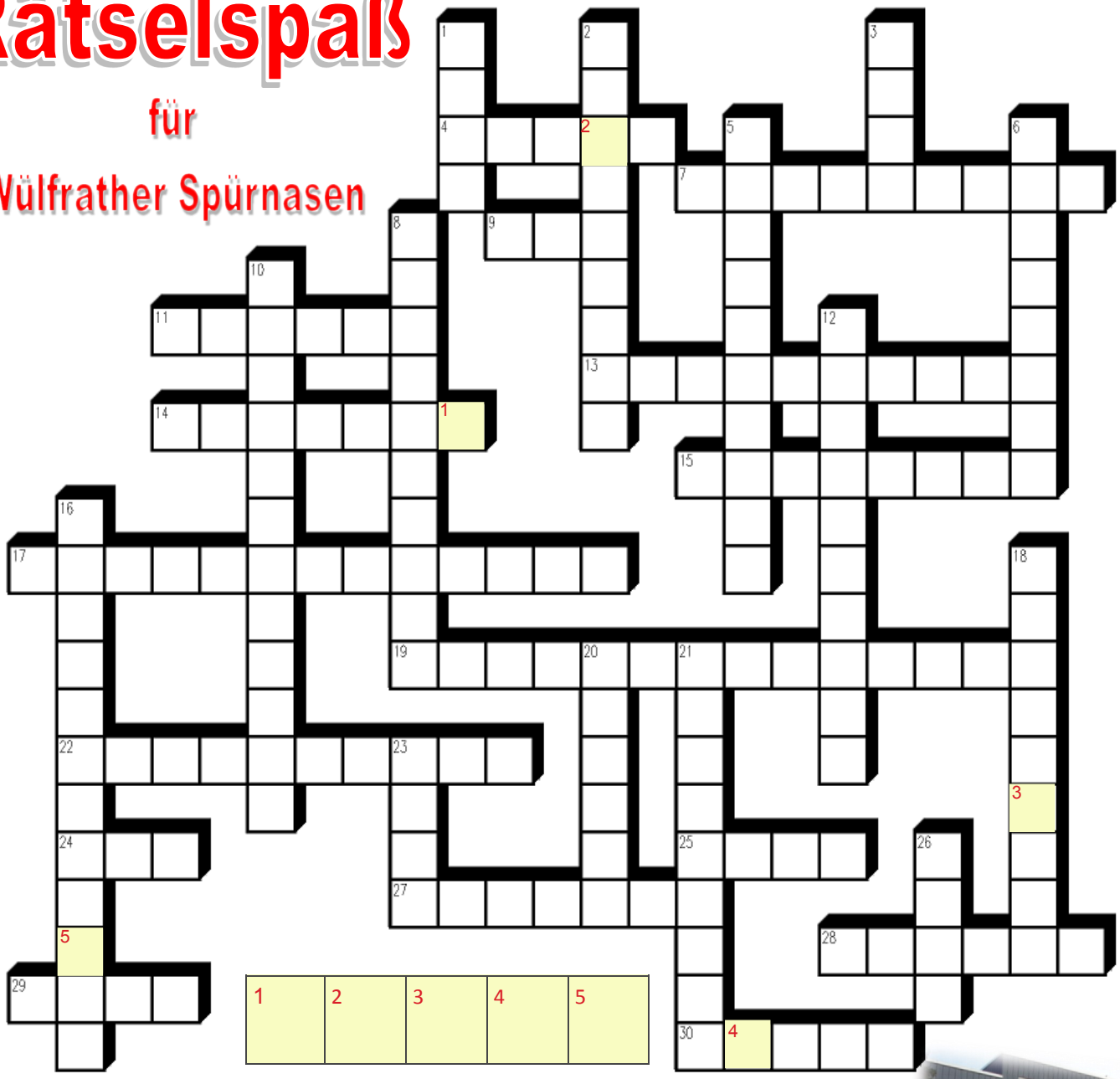
Auch in Wülfrath existieren derzeit ca. 730 Bedarfsgemeinschaften. Diese Menschen sind nicht nur auf unsere Solidarität, sondern vor allem auf die Wahrung ihrer Grundrechte angewiesen. Wir sollten nie vergessen: Arbeitslosigkeit kann jede und jeden treffen. Und am Ende könnten es gerade mal 12 Monate sein, die vom sozialen Abstieg und gesellschaftlicher Ausgrenzung trennen.

Politikerinnen und Politiker verschiedener Parteien und Bewegungen - Christine Buchholz (MdB, DIE LINKE), Anton Hofreiter (Vorsitzender der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen), Armin Langer (Koordinator Initiative Salaam-Shalom), Petra Pau (MdB, DIE LINKE), Michael Müller (Bundesvorsitzender NaturFreunde), Andrea Iman Reimann (Vorstandsvorsitzende Deutschsprachiger Muslimkreis Berlin), Johanna Uekermann (Juso-Bundesvorsitzende) - haben am 16.03.2016 in Berlin ein "Bündnis gegen Rassismus" geschlossen. Dem Verbreiten von Hass wollen sie eine breite antifaschistische Kampagne entgegensetzen. Infos unter: **www.aufstehen-gegen-rassismus.de**

Rätselspaß

für

Wülfrather Spürnasen



1	2	3	4	5

Lösung einsenden an: Ilona Küchler, DIE LINKE. Wülfrath, Amselweg 2, 42489 Wülfrath
Und mit viel Glück einzigartiges Puzzle gewinnen. Einsendeschluss ist der 20.04.2016.
Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

1. Tier im Wülfrather Wappen
2. Geburtsort von Engels
3. Hat Angst vor Katzen u. isst gerne Käse
4. Name des Hasen (Meister...)
5. Welcher Hahn kräht nicht (Scherzfrage)
6. Partei im Wülfrather Stadtrat
7. Rohstoff aus Wülfrath
8. Stadtteil von Wülfrath
9. Schnellzug (Abkürzung)
10. Gehaltsempfänger
11. Stadtteil an der Grenze zu Wuppertal
12. Sehenswürdigkeit in Wülfrath
13. Ordnung schaffen
14. Wülfrather Mundart f. Bäumchen (Mrz.)
15. Baum mit stacheligen Früchten
16. Scherzhaft Musikus
17. Austausch von Informationen
18. Höchster Berg der BRD
19. Bergischer Heimatdichter (Carl...)
20. Rechenbrett
21. Region bei Berlin
22. Pädagogin
23. Horntier
24. Datenspeicher
25. Sehhilfe
26. Partnerstadt von Wülfrath
27. Fluss mit Quelle in Wülfrath
28. Kraut für Suppen und Salate
29. Backmasse
30. Geologisches Zeitalter

Bereits heute sind viele Kommunen kaum noch in der Lage, die Daseinsfürsorge im Normalbetrieb aufrecht zu erhalten. Unter dem Druck der Schuldenbremse und der Fixierung auf die Schwarze Null wurden Personalabbau und Privatisierungen im öffentlichen Bereich, Kürzungen beim sozialen Wohnungsbau und der Arbeitsförderung sowie ein enormer Sanierungsnotstand kommunaler Einrichtungen viel zu lange in Kauf genommen. Zuwanderung hat die vielfältigen Probleme nicht hervorgerufen – sondern macht sie besonders sichtbar. Es gilt, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen und dabei nicht die Schwachen gegen die Schwächsten auszuspielen, wie es derzeit immer wieder geschieht.

Die seit vielen Jahren ausgedünnten sozialen Dienste und öffentlichen Infrastrukturen müssen gerade jetzt für alle Menschen verbessert und in angemessener Form, bereit gestellt werden.

Daher fordert DIE LINKE, die Milliardenüberschüsse des Bundes zu nutzen und ein 25-Milliarden-Sofortprogramm für eine soziale Offensive aufzulegen, mit der dieses Land eine Zukunft für alle einleiten kann!

Jetzt ist die Zeit für ein entschiedenes Gegen- und Umsteuern gegenüber der Kürzungspolitik der Bundesregierung und für eine radikale Neuordnung der Finanzen im Bund und in den Ländern - für handlungsfähige, funktionierende Kommunen und ein soziales, gerechtes und lebenswertes Land.

Die Ratsfraktion DIE LINKE tagt regelmäßig um aktuelle Fragen der Kommunalpolitik zu diskutieren sowie anstehende Ausschuss– und Ratssitzungen vorzubereiten.

Da die Fraktionssitzungen in der Regel öffentlich stattfinden, sind interessierte Bürgerinnen und Bürger jederzeit herzlich willkommen.

Die nächste Sitzung findet am **29. April 2016 um 18.00 Uhr** im Rathaus, Sitzungszimmer (Erdgeschoss), schräg rechts gegenüber der Eingangstür, statt. Sollte die Eingangstür des Rathauses verschlossen sein, einfach klopfen oder Handy klingeln lassen (0157-73428864).

Weitere Termine können Sie unserer Internetseite entnehmen oder erfragen.

Die LINKE setzt sich im Rat der Stadt Wülfrath für die Belange der Bürgerinnen und Bürger ein.

Dabei interessiert uns nicht nur die Entwicklung unseres Städtchens, sondern vor allem Ihre Meinung.

DIE LINKE.

Ratsfraktion informiert

Wenn Sie also Ideen, Vorschläge, Anregungen, Fragen, Sorgen oder Nöte haben, dann schreiben Sie uns oder sprechen uns an:

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Wülfrath
Am Rathaus 1
42489 Wülfrath

☎ **0157—73 42 88 64**

info@linkspartei-wuelfrath.de

Hinweis: Nicht gekennzeichnete Bilder in dieser Publikation stammen von pixabay.com und wurden zum Teil bearbeitet.

Copyright © 2016 Ratsfraktion DIE LINKE Wülfrath. All Rights Reserved.

V.i.S.d.P. Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wülfrath
c/o Ilona Küchler, Amselweg 2, 42489 Wülfrath